



Presseschau vom 28.01.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Nikolaj Jolkin: Experten-Diskussion zu Bidens Russland-Politik: Rationale Konfrontation vs. irrationale Eskalation

Joe Biden im Amt: Hoffnung für die internationalen Beziehungen? – so hieß eine Online-Konferenz des Deutsch-Russischen Forums, auf der unter anderem auch die Fragen diskutiert wurden, was das Ende der Trump-Ära für den Kreml bedeutet und ob ein Neustart im russisch-amerikanischen Verhältnis möglich ist. ...

<https://snanews.de/20210127/bidens-russland-politik-694135.html>

Armin Siebert: Transatlantischer Streit bei „Die Linke“

Es geht um Grundsatzfragen – um die außenpolitische Ausrichtung der Linkspartei, ihre Haltung zur Bundeswehr, zur Nato, zu Auslandseinsätzen, zu den USA und zu Russland. Darüber ist nun ein Streit entbrannt innerhalb der Partei. ...

<https://snanews.de/20210128/transatlantischer-streit-linke-700589.html>

de.rt.com: "Die Anfrage kam aus Los Angeles": Wie Nawalny seinen Putin-Film in einem Studio bei Freiburg drehte

Der russische Präsident stehe nach Nawalnys Enthüllungsfilm extrem unter Druck. So glaubt zumindest die Bundesregierung. Badische Medien fanden heraus, dass der Film in einem Nobel-Studio bei Freiburg gedreht wurde. Der Auftrag kam aus den USA. ...

<https://kurz.rt.com/2eqa>

abends/nachts:

snanews.de: **Biden bekräftigt US-Verpflichtung zum Schutz Japans – samt umstrittener Inseln**

Der neue US-Präsident, Joe Biden, und der japanische Premierminister Yoshihide Suga haben nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters in einem Telefongespräch am Mittwoch ihre Absicht geäußert, das bilaterale Bündnis zu stärken. Die USA stehen Biden zufolge fest zu ihrer Verpflichtung, Japan im Fall eines militärischen Angriffs zu verteidigen.

Das Bündnis zwischen Washington und Tokio sei „der Grundpfeiler für Frieden und Fortschritt in einem freien und offenen Indo-Pazifik-Raum“, erklärt die US-Regierung nach dem Gespräch zwischen Biden und dem japanischen Premier Yoshihide Suga.

Die beiden Seiten hätten auch erneut bestätigt, dass der Sicherheitsvertrag zwischen den USA und Japan auch für die umstrittenen Senkaku-Inseln gelte.

Biden bekräftigte auch die Verpflichtung der USA nach dem Vertrag, Japan eine „erweiterte Abschreckung“ zu gewähren – ein Hinweis auf den US-amerikanischen nuklearen Schutzschirm, der Japan abdecke, so das Weiße Haus in der Erklärung.

Biden sprach dem Weißen Haus zufolge in seinem ersten Telefonat mit dem japanischen Regierungschef auch über Themen der regionalen Sicherheit, darunter China und Nordkorea.

In Japan sind derzeit Tausende US-Militärs stationiert

Die Senkaku-Inseln befinden sich auf dem Festlandsockel im Ostchinesischen Meer. Sie liegen etwa 170 km nordöstlich von Taiwan und 150 km nördlich der japanischen Yaeyama-Inseln (Ishigaki-jima).

In den Gewässern rund um die Senkaku-Inseln waren zuletzt wiederholt chinesische Schiffe aufgekreuzt. Angesichts vermuteter Gas- und Ölvorkommen haben die Felsen große strategische Bedeutung.

Seit dem 15. Mai 1972 werden sie (wieder) von Japan als Teil der Gemeinde Ishigaki verwaltet. Taiwan und die Volksrepublik China beanspruchen unabhängig voneinander seit 1970/71 diese Inseln als Teil der Stadtgemeinde Toucheng im Landkreis Yilan, Taiwan.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/1a/296943_0:3:3628:2044_1280x0_80_0_0_a1af94dbaea5365193a25adeae57560e.jpg

snanews.de: **US-Botschaft erhält Protestnote wegen Falschmeldungen über Proteste in Russland**

Ein Vertreter der US-Botschaft in Moskau hat im russischen Außenministerium eine

Protestnote aufgrund der Verbreitung von Falschmeldungen über die jüngsten Proteste in Russland durch amerikanische digitale Plattformen übergeben bekommen. Dies geht aus einer Mitteilung des Außenministeriums hervor.

„Wir verweisen auf die umfassende Verbreitung von Falschmeldungen über Russland durch amerikanische digitale Plattformen, die systematisch provokative Inhalte replizieren, welche die US-Botschaft in Moskau ihrerseits koordiniert verbreitet“, heißt es in der Mitteilung des Außenministeriums. Die russische Seite behalte sich das Recht vor, Gegenmaßnahmen zu treffen.

Am vergangenen Montag hatte Russlands Vizeaußenminister Sergej Rjabkow dem US-Botschafter in Moskau, John Sullivan, einen offiziellen Protest wegen der Unterstützung der nicht genehmigten Demonstrationen am 23. Januar in russischen Städten durch die USA ausgesprochen. Russland betrachte die Internet-Publikationen der US-Botschaft in Moskau über Zeit und Ort der Demonstrationen als direkte Einmischung in innere Angelegenheiten des Landes, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.

Proteste in Russland nach Nawalys Festnahme

Bei den nicht genehmigten Protesten am 23. Januar hatten Tausende Menschen in rund 100 Städten Russlands für die Freilassung Nawalys und gegen Präsident Wladimir Putin demonstriert. Mancherorts kam es zu Ausschreitungen, mehr als 3500 Menschen wurden festgenommen.

Das russische Innenministerium und die Generalstaatsanwaltschaft hatten mehrmals sowohl die Organisatoren als auch die Teilnehmer der nicht genehmigten Aktionen vor der Verantwortung dafür gewarnt. Laut dem Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, stammten die Aufrufe zu Protesten vonseiten „bestimmter Provokateure“, deren Handlungen „ganz klar“ seien.

Zuvor hatte das russische Außenministerium an ausländische Politiker appelliert, bei Stellungnahmen mit Bezug zu Alexej Nawalny das Völkerrecht zu respektieren und sich vordringlich mit den Problemen der eigenen Länder zu befassen. Russlands Außenminister Sergej Lawrow sagte, die Erklärungen westlicher Politiker zu diesem Thema stammten wohl „von ein und derselben Vorlage“ ab. Putins Sprecher Peskow betonte, ausländische Stellungnahmen zum Blogger Nawalny seien für den Kreml nicht der Beachtung wert.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/01/1b/695240_0:161:3071:1888_1280x0_80_0_0_6a264e1af531c11e45c8e696abdb782d.jpg

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 27. Januar 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

21:10 Uhr Luganskoje – Logwinowo: Antipanzergranatwerfer (2 Schüsse).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: **Streit um Nord Stream 2: Theo Sommer wirft USA „Heuchelei“ vor**
Theo Sommer, Ex-Chefredakteur von „Die Zeit“, hält die Argumentation der USA im Streit um die Fertigstellung der Pipeline Nord Stream 2 für falsch. Den Vorwurf, Deutschland finanziere mit seinen Gaskäufen Putins Haushalt, bezeichnet er als „reine Heuchelei“. Seit Willy Brandt 1970 das erste Erdgas-Röhrengeschäft mit Moskau durchgesetzt habe, sei Russland ein zuverlässiger Lieferant gewesen, schreibt Sommer am Mittwoch in seiner Kolumne. Selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges habe die russisch-deutsche Energiepartnerschaft funktioniert.

Der deutsche Ausstieg aus der Steinkohle, aus der Atomkraft und aus der Braunkohle würden Versorgungslücken schaffen, die nicht so rasch von erneuerbaren Energien ausgefüllt werden könnten. „Über Nord Stream 1 kamen seit 2011 jährlich 55 Milliarden Kubikmeter. Nord Stream 2 wird diesen Zustrom verdoppeln. Das ist für eine Übergangszeit auch nötig.“

Der Autor verweist darauf, dass Deutschland „nicht total abhängig“ vom Gas aus Russland sei, weil nur etwa die Hälfte von dort komme. Und die Versorgung Osteuropas sei auf alle Fälle gesichert, da Gas nun im reverse flow von Westen nach Osten geschickt werden könne. Die Behauptung des mittlerweile ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump, Berlin mache sich wegen des Erdgasgeschäfts zum „Gefangenen“ Moskaus und werde „total von Russland kontrolliert“, nennt Sommer eine „Unverschämtheit“:

„Schließlich ist es reine Heuchelei, wenn die Amerikaner uns vorwerfen, dass wir mit unseren Gaskäufen Putins Haushalt finanzieren: Sie sind selbst der zweitgrößte Importeur russischen Erdöls.“

Die Staaten hätten 2019 rund 13 Milliarden Dollar für russisches Öl bezahlt und im ersten Halbjahr 2020 ihre Einfuhren sogar verdoppelt. „Wenn Präsident Biden von der Daumenschrauben-Strategie Trumps ablässt, sollte sich eine einvernehmliche Lösung finden lassen.“

Die Pipeline Nord Stream 2, die parallel zu der schon betriebenen Leitung Nord Stream 1 Erdgas von Russland durch die Ostsee nach Deutschland transportieren soll, ist zu mehr als 90 Prozent fertig. Im Dezember 2019 wurden die Bauarbeiten unterbrochen, nachdem US-Präsident Donald Trump Sanktionen gegen an dem Projekt beteiligte Unternehmen ermöglicht hatte. Daraufhin stiegen Unternehmen wie etwa die Schweizer Firma Allseas und die norwegische DNV GL aus dem Projekt aus.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/01/47905_0:116:3036:1824_1280x0_80_0_0_36df8c382fe17858137bc7d562ff4ac5.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 27. Januar 3:00 Uhr bis 28. Januar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: automatische Granatwerfer – 5 Granaten.

Richtung Donezk: Schusswaffen – einmal.

Richtung Mariupol: Schützenpanzer/Schützenpanzerwagen - einmal (100 Schüsse), Antipanzergrenatwerfer – 2 Granaten; automatische Granatwerfer – 13 Granaten, großkalibrige Maschinengewehre – einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften: **Sajzewo (jushnoje), Jakowlewka, Petrowskoje, Leninskoje.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 120.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden sechs Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snaneews.de: UNHCR kritisiert Europas Umgang mit Flüchtlingen an den Grenzen

Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) hat europäische Staaten scharf kritisiert, die Flüchtlingen an den Grenzen zurückweisen. Man sei alarmiert, dass diese Praxis Schule mache, berichtete die UN-Organisation in Genf.

Mancherorts würden die Menschen mit Gewalt zurückgedrängt und solche Berichte häuften sich, sagte die stellvertretende Flüchtlingshochkommissarin Gillian Triggs.

Dabei handele es sich offenbar um eine systematische Praxis: Boote mit Ankömmlingen würden wieder hinaus aufs offene Meer gezogen, und Menschen, die es an Land geschafft hätten, würden zurück in die Boote gedrängt und zum Ablegen gezwungen. Triggs nannte keine Länder beim Namen, teilt die Deutsche Presse-Agentur mit. In der Vergangenheit haben Flüchtlinge über solche Rückweisungen etwa durch die griechische Küstenwache berichtet. Es seien auch Menschen zurückgedrängt worden, die über Landesgrenzen geflüchtet waren, so das UNHCR. Es werde dabei nicht geprüft, ob sie schutzbedürftig seien. Jeder Fall müsse einzeln beurteilt werden, so verlangten es die Flüchtlingskonvention und EU-Recht.

Die Zahl der Ankömmlinge in der EU sinke seit Jahren, so das UNHCR. Im vergangenen Jahr seien es 95.000 gewesen, 23 Prozent weniger als im Jahr davor und 33 Prozent weniger als 2018.

„Es müsste möglich sein, mit so wenig Ankünften fertig zu werden“, schrieb das UNHCR. Einige EU-Länder seien durch ihre geografische Lage besonders stark betroffen. Die Organisation rief die anderen EU-Länder auf, mehr Solidarität zu zeigen und die Länder besser zu unterstützen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/01/1c/697759_0:25:2730:1561_1280x0_80_0_0_d8111ca27be307303a8930b8fbf8b595.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 28. Januar um 9:00 Uhr 2566 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 2096 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 222 Todesfälle.

snanews.de: **Biden stellt Klimaschutz in den Fokus amerikanischer Machtpolitik**

Präsident Biden hat mit einer Verfügung angeordnet, dass die USA bei den Bemühungen um mehr Klimaschutz international mit gutem Beispiel vorangehen. Demnach soll auch die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik sich nach den Klimaschutzbelangen ausrichten. Man könne mit dem Klimaschutz nicht länger warten, sagte der neue US-Präsident Joe Biden in Washington: „Wir haben mit dieser Klimakrise schon zu lange gewartet ... Es ist Zeit zu handeln.“ Am Mittwoch unterzeichnete Biden eine Verfügung sowie weitere Anordnungen, die den Klimaschutz ins Zentrum der Außen- und Sicherheitspolitik der Weltmacht USA stellen.

Diese Initiative stellt einen weiteren Bruch des neuen US-Präsidenten mit der Politik seines republikanischen Vorgängers Donald Trump dar. Es war Trump, der die Mitgliedschaft der Vereinigten Staaten im Pariser Klimaabkommen kündigte, das im Dezember 2015 auf der UN-Klimakonferenz in Paris von 195 Staaten und der Europäischen Union geschlossen worden war. Das Abkommen sieht die Begrenzung der menschenverursachten Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten vor. Biden hat die Rückkehr zu dem Abkommen am ersten Tag seiner Amtszeit am 20. Januar eingeleitet. Vom 19. Februar an sollen die USA dem Pariser Klimaschutzabkommen wieder angehören. Der neue Präsident sagte am Mittwoch, die USA müssten sich weltweit an die Spitze der Klimaschutzbewegung stellen, weil sie die Bedrohung des Klimawandels nicht alleine bewältigen könnten. „Diese Präsidentenverfügung, die ich heute unterschreibe, macht es auch offiziell, dass der Klimawandel das Zentrum unserer nationalen Sicherheits- und Außenpolitik sein wird“, erklärte Biden. Dabei soll die amerikanische Klimaschutzpolitik laut einer

Erklärung des Weißen Hauses auch gesellschaftliche Belange berücksichtigen. Es gelte, gut bezahlte und abgesicherte Jobs zu schaffen sowie eine zeitgemäße und nachhaltige Infrastruktur zu schaffen. Politische Entscheidungen sollen wieder auf dem Boden wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgen.

Dazu hatten den neuen US-Präsidenten mehr als 150 Aktivisten, Schauspieler und Geschäftsleute – darunter Leonardo DiCaprio und Jeff Bezos – in einem offenen Brief aufgerufen.

„Sie können die globalen Energiesysteme von fossilen Treibstoffen auf grüne Energie umstellen und dabei auch zahlreiche Arbeitsplätze schaffen, gefährliche Verschmutzung reduzieren sowie die Wirtschafts-, Rassen- und Gesundheitsungleichheit lösen“, heißt es in dem Schreiben, das auf der Website „Climate Power 2020“ veröffentlicht wurde. Die Autoren des Briefes verweisen darauf, dass man Biden als „Klima-Präsidenten“ im Gedächtnis behalten könnte, der „die Menschheit vom Klippenrand wegführte“.

Das Schreiben wird auch vom Vorstandsvorsitzenden von Mastercard, Ajay Bang, sowie dem Vorsitzenden des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Pascal Canfin, unterstützt.

Mit der Verfügung vom Mittwoch hat Biden den Ex-Außenminister John Kerry zum Klima-Sonderbeauftragten ernannt. Dieser sagte: „Die Welt wird uns daran messen, was wir hier zu Hause tun können ... Man kann das Problem nicht allein lösen, aber unser Tun macht einen enormen Unterschied.“ Jetzt müsse man die verlorenen letzten vier Jahre wettmachen, betonte Kerry. Auch Biden kritisierte den „Schaden“, der unter der Vorgängerregierung von Präsident Trump angerichtet worden sei.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/01/1c/698394_0:160:3072:1888_1280x0_80_0_0_7044d01db2ee78768b096e9869c9e418.jpg

мэднр.рус: Am 27. Januar wurden in der DVR 818 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 251 positiv, bei 54 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 28. Januar um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 19.995 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

7561 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 10.671 als gesund entlassen, es gibt 1763 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 70 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 5 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 63 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1524 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 657 mit Sauerstoffunterstützung (+27 in den letzten 24 Stunden).

nachmittags:

snanews.de: **Überteuert und unfair? Schweden beschwert sich bei EU über Abrechnung von Pfizer**

Aus Ampullen mit dem Biontech-Impfstoff lässt sich eine Dosis mehr ziehen als ursprünglich angegeben. Kaum erkannt, hat Pfizer diese gleich neu mitberechnet. Für die Gewinnung braucht man jedoch spezielle Spritzen, an denen teilweise derzeit Mangel herrscht – wie in Schweden. Das Land hat sich nun über die höhere Rechnung bei der EU beschwert.

Schwedens Gesundheitsministerium hat die Europäische Union gebeten, den Impfstoffhersteller Pfizer zu fragen, warum für den Biontech-Impfstoff sechs Dosen pro Ampulle berechnet werden, obwohl man sich auf fünf pro Ampulle geeinigt hatte. Das berichtet der Businessinsider in Berufung auf die schwedische Zeitung „Dagens Nyheter“.

Biontech und China – der Dritte im Bunde

Wenn die Rede vom deutschen Biontech-Impfstoff ist, dann wird im gleichen Atemzug auch immer der US-Pharmakonzern Pfizer genannt, der mit dem Mainzer Unternehmen im April 2020 eine strategische Partnerschaft eingegangen ist und dabei einen Betrag in Höhe von insgesamt 600 Millionen Euro gezahlt hat. Allerdings war das nicht die erste solche Partnerschaft mit einem Pharmariesen. Einen Monat zuvor, am 16. März 2020, verkündete Biontech den Beginn einer strategischen Zusammenarbeit mit dem chinesischen Pharmaunternehmen Fosun und erhielt in dem Zug 130 Millionen Euro an Mitteln. Es dürfte deswegen nicht verwundern, dass sich China schon Mitte Dezember 2020 100 Millionen Dosen des Impfstoffs sichern konnte. Eine Woche später sicherten sich auch die USA weitere 100 Millionen und lagen damit bei 200 Millionen Dosen. Obwohl also China und USA an Biontech beteiligt sind, wird landläufig vom Impfstoff von Biontech und Pfizer gesprochen. Eigentlich müsste es nur Biontech-Impfstoff heißen oder man müsste der Gerechtigkeit halber auch den Dritten im Bunde, Fosun, nennen.

Zum Hintergrund: Die EU hat mit dem US-Pharmakonzern Pfizer einen Deal über 600 Millionen Impfstoff-Dosen abgeschlossen. Dabei hatte sich im Lauf der Zeit herausgestellt, dass sich aus einer Ampulle nicht fünf Dosen, wie angegeben, sondern sechs gewinnen lassen. Aber das heißt nicht, dass man sich jetzt über eine geschenkte Dose pro Ampulle freuen kann, denn die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) erlaubte es Pfizer bereits am 8. Januar, die Angabe auf dem Etikett von fünf auf sechs Dosen anzuheben. Für die Gewinnung von sechs Dosen sind allerdings laut EMA bestimmte Feindosierungsspritzen nötig. Und diese sind derzeit laut MedicalXpress derzeit knapp.

Schweden pocht deshalb auf die Vereinbarung, dass fünf Dosen pro Ampulle zu zahlen waren und merkt an, es verfüge nicht über die nötige technische Ausrüstung, um die berechnete sechste Dose aus den Ampullen zu gewinnen. Der Impfkoordinator Schwedens, Richard Bergstrom, bringt das Problem so auf den Punkt: „Das ist inakzeptabel. Wenn ein Land nur die Mittel hat, um fünf Dosen zu gewinnen, erhält es weniger Dosen für denselben Preis.“

Aus diesen Gründen stellte Schweden am Dienstag vorläufig Zahlungen an Pfizer ein.

Allerdings merkte der schwedische Chef-Epidemiologe Anders Tegnell auch an, dass derzeit keine offenen Rechnungen bestünden. Diese steht erst in einigen Wochen an. Ob sich an ihr durch die Beschwerde bei der EU etwas ändert?



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/1c/701032_0:303:3104:2048_1280x0_80_0_0_65d86353587dff9836c7652319591505.jpg

Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 28. Januar 2021**

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **neunmal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt**, darunter waren **vier Feuerprovokationen**.

In **Richtung Gorlowka** wurde in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen von den Positionen des 137. Marineinfanteriebataillons der 35. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Sajzewo (sewernoje) **Sajzewo (jushnoje)** mit automatischen Granatwerfern beschossen und fünf Granaten abgefeuert.

In **Richtung Donezk** wurde von den Positionen des 3. mechanisierten Bataillons der 72. Brigade im Gebiet von Awdejewka aus **Jakowlewka** mit Schusswaffen beschossen.

Im **Richtung Mariupol** haben Kämpfer von den Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade im Gebiet von Wodjanoje aus sechs Granaten mit Unterlaufgranatwerfern auf **Leninskoje** abgefeuert, von den Positionen des 2. Panzergrenadierbataillons der 35. Brigade im Gebiet von Bogdanowka aus wurden 100 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, es wurden 12 Granaten mit Antipanzergranatwerfern und automatischen Granatwerfern abgefeuert, außerdem wurde mit Schusswaffen auf die Umgebung von **Petrowskoje** geschossen.

Unsere Beobachter haben fünf Fälle der **Durchführung von technischer Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen** der 53. Brigade im Gebiet von Bogdanowka in Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen festgestellt.

Wir möchten die Aufmerksamkeit auf die fehlende Kontrolle von Seiten des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte und das Fehlen einer Reaktion der OSZE lenken, was den Kämpfern aus der 53. Brigade, die zuvor einfach auf den ehemaligen Positionen in der Nähe des Abschnitts zur Trennung von Kräften und Mitteln bei Bogdanowka eintrafen und jetzt begonnen haben, sie offen auszurüsten, Kampftechnik zu konzentrieren und Ortschaften der Republik zu beschießen, freie Hand gibt.

Unsere Aufklärung hat die Stationierung von 25 Stück **Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium entdeckt.

Aus dem Bestand eines Panzergrenadierbataillons der 53. mechanisierten Brigade: elf Schützenpanzer auf dem Gebiet von privaten Häusern in Beresowoje.

Aus dem Bestand der 56. Panzergrenadierbrigade:

eine 122mm-Haubitzen 2S1 „Gwosdika“ in einem Wohngebiet von Sergejewka.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

drei Schützenpanzer in Wohngebieten von Nowomichajlowka, Dilejewka und Slawnoje.

Die ukrainische Seite behindert weiter die Arbeit der internationalen Beobachter. So wurde der Einsatz einer mobilen Gruppe des 306. Bataillons für elektronische Kriegsführung im Gebiet von Beresowoje festgestellt, die die Aufgabe haben mit Hilfe einer Station „Bukowel-AD“ die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission zu blockieren, um die Entdeckung von verbotenen Waffen durch Drohnen der OSZE-Mission im Verantwortungsbereich der 53. mechanisierten Brigade zu verhindern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **zwei Feuerprovokationen** unter Einsatz von 120mm-Mörsern begangen.

In **Richtung Mariupol** wurden von den Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade im Gebiet von Wodjanoje aus auf Befehl des Kriegsverbrechers Gnatow 15 120mm-Mörsergeschosse in Richtung **Saitschenko** abgefeuert und von den Positionen im Gebiet von Talakowka aus hat der Gegner das Feuer mit Antipanzergrenatwerfern auf **Kominternowo** eröffnet und fünf Granaten auf das Dorf abgefeuert.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um die Fälschung von Bereichsdaten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfern zu verhindern und um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen.

Ein weiterer Vorfall wurde in einem Marineinfanterieverband der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ festgestellt.

So wurde am 27. Januar auf Befehl des Kommandeurs der 36. Brigade Gnatow eine Kontrolle der Bereitschaft zur Ausführung von Aufgaben durch eine sogenannte „Wanderbatterie“ des 503. Bataillons durchgeführt. Bei der Kontrolle gab es eine **Detonation eines 120mm-Mörsergeschosses im Lauf eines Mörsers**, dabei wurden fünf Soldaten unterschiedlich schwer verletzt: die Matrosen Petrenko, Iwanenko, Pilipenko, der Obermatrose Dudka und der Unterfeldwebel Tkatsch. Der Brigadekommandeur Gnatow erteilte die Anweisung, eine Ermittlung zu dem Vorfall durchzuführen und beschuldigte die oben genannten Soldaten der Selbstverletzung, um für die fiktive Verletzung die vorgesehenen Prämien und zu erhalten und die OOS-Zone zur Behandlung und nachfolgend zur Rehabilitation zu verlassen. Ein Bericht über den Vorfall an den Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ erfolgte nicht. Das Personal der 35. Brigade schafft im Vorfeld der Rotation aus der OOS-Zone weiterhin Probleme für die zur Ablösung vorgesehene 58. Brigade.

Im Gebiet von Nowoluganskoje ist eine aktive **Verminung neuer Abschnitte von Örtlichkeiten mit PMN-2-Minen** durch Soldaten des Verbandes festzustellen, darunter auch in der Nähe der Ortschaft, um dann die Karten der neuen Minenfelder den „Kampfgefährten“ aus der 58. Brigade verkaufen zu können. Beunruhigte Einwohner wandten sich an die Verwaltung der Ortschaft mit der Forderung, die ungeordnete Verminung des Territoriums zu stoppen, die Leben und Gesundheit der Bevölkerung bedroht. Ergebnis der Zusammenarbeit der Verwaltung von Nowoluganskoje mit dem Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ war eine Entscheidung, Mitarbeiter des staatlichen Dienstes für Notfälle der Donezker Oblast zur Entminung der Umgebung der Ortschaft heranzuziehen.

Außerdem habe unsere Aufklärung die Arbeit des Kommandeurs des Verbandes Palas im Verantwortungsbereich des 18. Bataillons im Gebiet von Nowgorodskoje bemerkt, dieser inspizierte die Frontpositionen des Bataillons und orientierte den Bataillonskommandeur auf den Verkauf der Positionen an die Ablösung aus der 58. Brigade, im Falle einer Weigerung zu zahlen, sollen die Positionen in einem Zustand gebracht werden, der sie ungeeignet zum Aufenthalt und zum Dienst macht.

Wir stellen weiter die **Arbeit von ukrainischen Massenmedien im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“** fest.

Es ist die Arbeit von Vertretern des Fernsehsender „UA Donbass“ in den Einheiten der 36. Brigade festzustellen, die eine sogenannte „Beweisbasis“ zur Beschuldigung der Einheiten der Volksmiliz bezüglich der Verletzung des Regimes der Feueinstellung erstellen.

In der 28. Brigade wurde bei der Übergabe der Angelegenheiten und der Funktion des Leiters des Sanitätsdienstes das Fehlen von sieben Packungen der betäubungsmittelhaltigen Präparate „Aminorex“ entdeckt, bei einer vorläufigen Ermittlung wurde festgestellt, dass dieses Präparat unkontrolliert beim Feldscher Tscherewko gelagert wurde und an Soldaten ausgegeben wurde, die zur Ausführung von Kampfaufgaben an den Frontpositionen ausrückten. Das Präparat erfreute sich unter den Soldaten des Verbandes der Popularität, weil es ein Analogon zu Amphetamin ist.

Derzeit arbeitet in dem Verband eine Kommission des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ und Vertreter des militärischen Rechtsordnungsdienstes.

de.rt.com: **Rückkehr zum Atomdeal: Israel droht mit Krieg – Iran wirft Israel psychologische Kriegsführung vor**

Der Generalstabschef der israelischen Armee hat die neue US-Regierung bezüglich ihrer möglichen Rückkehr zum Atomdeal mit Iran gewarnt. Er behauptete, dass Israel derzeit eine "Reihe von Operationsplänen" gegen Iran ausarbeite. Iran wies die Drohungen als "reine Rhetorik" zurück.

Die iranische Regierung hat Israels jüngste Drohung, wonach das Land Operationspläne gegen die Islamische Republik ausarbeite, als "psychologische Kriegsführung" abgetan. Diese ziele insbesondere darauf ab, eine mögliche Rückkehr der USA zum Atomabkommen von 2015 zu verhindern.

Der Generalstabschef der israelischen Armee, Aviv Kochavi, warnte die neue US-Regierung vor Kurzem bezüglich ihrer Beziehungen zu Iran. Er betonte, jede Rückkehr der USA zum Atomabkommen mit Teheran aus dem Jahr 2015 sei "falsch". Kochavi äußerte sich am Dienstag in einer Ansprache an das Institut für nationale Sicherheitsstudien der Universität Tel Aviv und behauptete, dass man derzeit "eine Reihe von Operationsplänen" gegen Iran ausarbeite. Dieser Schritt sei gemacht worden, nachdem Iran in den vergangenen Monaten begonnen habe, sein Atomprogramm wieder aufzunehmen. Der Generalstabschef erklärte, eine Rückkehr zum Atomabkommen sei aus operativer und strategischer Sicht "falsch".

Der Stabschef des iranischen Präsidenten, Mahmud Waesi, wies die israelischen Drohungen als "reine Rhetorik" zurück, berichtete Press TV.

"Unsere Bürger und die Menschen in der Region kennen die Sprache der Funktionäre des zionistischen Regimes. Sie reden (anstatt zu handeln) und sind zumeist auf der Suche nach psychologischer Kriegsführung", so Waesi. "In der Tat haben sie weder einen Plan noch die Fähigkeit, eine Militäroperation durchzuführen", fügte er hinzu.

Waesi erklärte, dass die iranischen Streitkräfte, einschließlich der Armee und der Revolutionsgarde, bezüglich solcher Drohungen in voller Bereitschaft seien, und betonte, dass jüngste Militärmanöver der Streitkräfte ihre starke und feste Bereitschaft bewiesen hätten, auf jegliche Drohungen angemessen zu reagieren.

Auch der Sprecher der iranischen Streitkräfte, Brigadegeneral Abolfazl Schekarchi, warnte Israel anlässlich der jüngsten Drohungen: Wenn es seine Drohungen umsetzen wolle, werde Iran alle israelischen Raketenstationen angreifen und Tel Aviv sowie Haifa dem Erdboden gleichmachen, berichtete die der Iranischen Revolutionsgarde nahestehende Nachrichtenagentur Tasnim News.

Im Dezember des vergangenen Jahres sagte Biden in einem Interview, die Rückkehr zum Atomabkommen mit Iran von 2015 sei der beste Weg, um ein nukleares Wettrüsten im Nahen Osten zu verhindern. Iran bekundete mehrfach seine Bereitschaft, das Abkommen wiederzubeleben. Die Regierung erklärte, dass das Land zu seinen Verpflichtungen zurückkehren werde, wenn der US-Präsident die Sanktionen aufhebe. Die USA wollen Iran

hingegen in die Pflicht nehmen und fordern, dass das Land zuerst seine jüngsten Schritte mit Blick auf das Atomprogramm – wie etwa die Ausweitung der Urananreicherung auf 20 Prozent U235 – rückgängig macht. Der iranische Präsident Hassan Rohani sagte in einer Kabinettsitzung am Mittwoch, dass es nicht Iran, sondern die USA gewesen seien, die sich 2018 aus dem Abkommen zurückgezogen hätten. "Die (USA) sind uns etwas schuldig, nicht umgekehrt", sagte Rohani.

Der Kommandeur des Zentralkommandos der Vereinigten Staaten (CENTCOM), Frank McKenzie, sagte vor Kurzem nach seinem ersten Besuch in der Region unter der neuen US-Regierung, dass Iran in den schwindenden Tagen der Trump-Regierung keine Operationen gegen US-Ziele in der Region durchgeführt habe. Das Land sei zudem wirksam in der Lage gewesen, jegliche Provokationen gegen US-Truppen durch seine Stellvertreter im Irak und anderswo in der Region einzudämmen. McKenzie betonte, das Ziel der vergangenen Monate sei gewesen, einen möglichen Krieg in der Region zu verhindern.

Die jüngsten Äußerungen des Stabschefs der israelischen Armee sorgten in Israel für Irritationen. Kochavi sagte, "eine Rückkehr zum Atomdeal mit Iran oder sogar ein ähnliches Abkommen mit einer Reihe von Verbesserungen" sei schlecht und falsch. Haaretz kommentierte, Kochavi habe einen Fehler gemacht, diesen Kommentar zu einem so heiklen Zeitpunkt abzugeben: Zum einen stünden am 23. März Wahlen in Israel bevor, und zum anderen habe die Biden-Regierung gerade erst das Weiße Haus betreten und noch keine offiziellen Treffen mit Israel abgehalten. Als Kochavi noch Chef des Militärgeheimdienstes war, lehnte dieser einen Angriff gegen Iran stets ab und sprach davon, so Haaretz, dass das Atomabkommen mit Iran das geringste Übel sei.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.01/article/601267af48fbef10516b04af.jpg>

Mil-Inr.su: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR A.N. Masejkin

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung haben Kämpfer der 59. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Schapowalow das Gebiet von **Logwinowo** mit Granatwerfern beschossen. Außerdem wurde im Gebiet der Trennung von Kräften und Mitteln in der Nähe von Solotoje auf den ehemaligen Positionen der ukrainischen Streitkräfte die Anwesenheit von drei Soldaten der 92. Brigade festgestellt.

Trotz der Gefahr für das Leben der friedlichen Bevölkerung und der eigenen Soldaten erteilen die Kommandeure von Verbänden der ukrainischen Streitkräfte weiter verbrecherische Befehle zur **Verminderung von Abschnitten in der Zone der Strafoperation**. Bei der

Installation von Minensperren markieren die Verbrecher der ukrainischen Streitkräfte die Orte nicht mit Warnzeichen und erstellen keine genauen Karten von Minenfeldern. So haben gestern Kämpfer der 92. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Fedossenko 15 Antipanzermine TM-62 im Gebiet von Popasnaja installiert. ...

snanews.de: **Leiter von Curevac-Studie gibt zu: „Sputnik V“ wirksamer als Astrazeneca-Impfstoff**

Laut dem Leiter der Zulassungsstudie zum mRNA-Impfstoff der Tübinger Firma CureVac, Peter Kremsner, könnten die ersten Dosen des zweiten deutschen Impfstoffs bestenfalls schon im April ausgeliefert werden. Doch so mRNA-fokussiert zeigt er sich nicht: Auch Vektorimpfstoffe wie „Sputnik V“ sind aus seiner Sicht grundsätzlich sehr vielversprechend. Die vorliegenden Wirksamkeitsdaten seien für die beiden zugelassenen mRNA-Impfstoffe von Biontech/Pfizer und Moderna eindeutig besser als jene von Astrazeneca, sagte Kremsner, Direktor des Instituts für Tropenmedizin der Uni Tübingen, in einem „Kurier“-Interview. Vor allem die bisherigen Daten für Über-65-Jährige findet er bei nur acht Prozent Studienteilnehmern nicht aussagekräftig. Zuvor hatte sich der britisch-schwedische Konzern, der Ende dieser Woche eine Zulassung durch die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) erwartet, gegen die Vorwürfe wehren müssen, ihr Vektorimpfstoff wirke bei über 65-Jährigen wohl kaum.

Jedoch hält der Forscher die Vektorimpfstoffe, darunter „Sputnik V“ und den von Johnson & Johnson, sehr vielversprechend. Die russischen Daten der Phase-III-Studie müssten noch wissenschaftlich publiziert werden, so Kremsner, aber was bisher bekannt geworden sei, sehe gut aus und überzeugender als die Daten von Astrazeneca: Nach der Zwischenauswertung der Phase-3-Studien beträgt dessen Wirksamkeit rund 92 Prozent im Vergleich zu 62 Prozent bei Astrazeneca, die die Briten auch nur für die 18- bis 55-Jährigen bestätigen.

Den Unterschied in der Wirksamkeit erklärt er damit, dass Astrazeneca für den Transport der genetischen Information für das Stachelprotein von Sars-CoV-2 in den Körper zwei Mal dasselbe Trägervirus verwendet. Das russische Gamaleja-Institut in Moskau dagegen setze auf zwei verschiedene Adenoviren, bei denen man schon lange wisse, dass deren Einsatz zu einer besseren Immunreaktion führen könne. In dieser Hinsicht sieht Kremsner die Überlegungen von AstraZeneca und dem Gamaleja-Institut, die beiden Vektorimpfstoffe kombiniert zu verwenden, positiv. Ein noch besserer Ansatz in der Zukunft wäre aus seiner Sicht womöglich aber eine Kombination von zwei unterschiedlichen Impfstofftechnologien, also die Erstimpfung mit einem RNA-Impfstoff, und die zweite z.B. mit einem solchen Vektorimpfstoff.

Was den CureVac-Impfstoff angeht, ist er nach seinen Angaben den beiden zugelassenen mRNA-Impfstoffen sehr ähnlich und soll eine ähnlich hohe Wirksamkeit bieten. In dessen Zulassungsstudie seien einige Tausend von weltweit geplanten 36.500 Probanden bereits rekrutiert. Im März, April könnte dann das rollende Zulassungsverfahren bei der EMA starten. Parallel entwickelt die Firma in Tübingen gemeinsam mit der US-Biotechfirma Protein Potential eine Schluckimpfung, die auch eine Immunität an den Schleimhäuten im Nasen-Rachen-Raum auslösen könnte und dadurch die Übertragung des Virus trotz der gewöhnlichen Impfung verhindern könnte.

Im Moment streben die Entwickler des russischen Impfstoffs „Sputnik V“ eine Zulassung durch die EMA an. Der Antrag ist bereits gestellt, und im Februar soll das rollende Zulassungsverfahren starten. Vor einer Woche hatte noch das staatliche Pharmainstitut in Ungarn den Impfstoff „Sputnik V“ als Mittel zum Schutz vor Covid-19 zugelassen - allerdings nur für Ungarn.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/01/1c/703578_0:114:1106:736_1280x0_80_0_0_f7483420b31de69f3f36809ae8a80f77.jpg

dan-news.info: **Die Zahl der Arbeitsunfälle in Unternehmen der DVR ist 2020 im Vergleich zu 2019 um 16,8% zurückgegangen**, es gab 88 weniger verletzte Personen, die Zahl der Todesfälle ist um 3 zurückgegangen. Mehr als die Hälfte der Unfälle geschah im Kohlebergbau, teilte die Leiterin des Sozialversicherungsfonds für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten der DVR Wiktorija Kondratenko mit.

Die Mitarbeiter des Fonds waren 2020 an Ermittlungen zu 663 Arbeitsunfällen und 395 Fällen von chronischen Berufskrankheiten beteiligt. Es gab 431 Arbeitsunfälle, bei denen 439 Menschen verletzt werden, darunter 24 tödlich.

Viel Wert wird auf Prophylaxe- und Informationsmaßnahmen in den Betrieben gelegt. Die Höhe der Versicherungszahlungen sollen 2021 zweimal um 20% erhöht werden. Damit wird dann schließlich die durchschnittliche Versicherungszahlung für Opfer von Arbeitsunfällen und die Mitglieder ihrer Familie 10.200 Rubel monatlich betragen.

deu.belta.by: **Makej: EU-Botschafter verbreiten in Belarus staatsfeindliche Informationen**

Außenminister Wladimir Makej hat heute auf einer Pressekonferenz im Anschluss an die Ratssitzung der Ständigen Vertreter der GUS erklärt, dass einige EU-Botschafter in Belarus staatsfeindliche Informationen verbreiten.

„Wir sehen heute, dass einige EU-Botschafter in ihren Accounts in den Sozialen Netzwerken Beiträge veröffentlichen, die staatsfeindliche Informationen enthalten. Wir reagieren auf solche Fakten noch nicht, aber wir halten sie im Auge. Sie können sicher sein, wir werden diesen Fakten eine konkrete, sachliche und harte Bewertung geben“, versicherte Makej.

Der Diplomat machte darauf aufmerksam, dass es zu den wichtigsten Aufgaben der Botschafter gehört, sich um die Annäherung von Staaten und Nationen zu bemühen und zur bilateralen Zusammenarbeit beizutragen. „Wenn ein Botschafter im Gastland explizit gegen die legitime Staatsmacht auftritt, dann darf dieser Botschafter dieses Amt nicht mehr innehaben“, sagte Minister.

„Belarus war mehrfach Zielscheibe der externen Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Die westlichen Partner haben hier oft versucht, ihre Vorstellung von der ‚Demokratie‘ aufzuzwingen. Akkreditierte Diplomaten und Botschaftsvertreter haben nicht nur zur Teilnahme an unerlaubten Protestaktionen aufgerufen, sie haben sich selbst daran beteiligt. Natürlich waren wir gezwungen, auf solche Fakten hart zu reagieren. Wir werden auch künftig hart eingreifen müssen“, betonte Minister.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1611835309_55468_big.jpg

de.rt.com: **Russland: Ermittlungskomitee leitet Strafverfahren gegen Nawalny-Vertrauten ein**

Das russische Ermittlungskomitee hat gegen den Nawalny-Vertrauten Leonid Wolkow ein Strafverfahren eingeleitet. Er soll im Internet Minderjährige zur Teilnahme an nicht genehmigten Protestaktionen aufgerufen haben. Dies teilte die Behörde am Donnerstag mit. Das russische Ermittlungskomitee leitete ein Strafverfahren gegen Leonid Wolkow ein, den Vertrauten des Oppositionellen Alexei Nawalny. Ermittlern zufolge soll Wolkow Minderjährige zu gesetzwidrigen Handlungen verleitet haben, indem er sie im Internet dazu aufrief, an der nicht genehmigten Protestaktion am 23. Januar teilzunehmen.

Die Behörde sammelte strafrechtlich relevante Beweise gegen Wolkow, hieß es in einer Erklärung. Wolkow habe "gewusst, dass die zuständigen Behörden die Kundgebungen wegen der komplizierten sanitären und epidemiologischen Lage nicht genehmigt haben".

Kremlsprecher Dmitri Peskow sagte gegenüber Journalisten, dass die russische Führung ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht hatte, bevor "diese Ereignisse stattfanden". Er erklärte: "Nun erfüllen die Rechtsschutzorgane ihre Funktionen".

Am Mittwochabend hatten maskierte Beamte die Wohnungen von Alexei Nawalny, seiner Ehefrau Julia sowie von mehreren Vertrauten und Mitarbeitern des Oppositionellen durchsucht. Anschließend wurde Nawalnys Bruder Oleg festgenommen. Er ist zunächst für 48 Stunden in Gewahrsam. Als Grund sei ein Verstoß gegen Corona-Hygieneauflagen genannt worden, schrieb Nawalnys Team auf Telegram. Auch Ljubow Sobol, die Juristin von Nawalnys Antikorruptionsfonds, wurde festgenommen.

Am 23. Januar fanden in vielen russischen Städten, darunter auch in Moskau und Sankt Petersburg, massive nicht genehmigte Protestaktionen statt. Zuvor gab es in den sozialen Netzwerken zahlreiche Aufrufe, an den Kundgebungen teilzunehmen. Besonders aktiv verbreiteten sich diese in der App TikTok. Viele populäre TikTok-Blogger zeigten sich bereit, am 23. Januar auf die Straße zu gehen.

Die Polizei nahm mehr als 3.700 Menschen in ganz Russland fest, die meisten von ihnen wurden kurz darauf wieder freigelassen. Bei den Protesten kam es in mehreren Städten, vor allem in Moskau, zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die russischen Behörden hatten vor den Protesten vor einer Teilnahme gewarnt und betont, dass die Kundgebungen nicht genehmigt und somit gesetzwidrig seien.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.01/article/60128fc348fbef0d4c43fcb7.JPG>

Wpered.su: **Donezker Schülern wurde von der Blockade Leningrads erzählt**

Am 28. Januar fand in einer Schule des frontnahen Kujbyschewskij-Bezirks von Donezk eine Veranstaltung zum 77. Jahrestag der Durchbrechung der Blockade Leningrads statt. Dies teilt ein Korrespondent von „Wpered“ mit.

Die Leiterin der internationalen Abteilung der Frauenorganisation „Nadeshda Donbassa“ Nadeshda Retinskaja erzählte den Schülern von der Aggression der faschistischen deutschen Besatzer, dem Heldentum der Einwohner der blockierten Stadt, dem Alltag des belagerten Leningrad. Sie zeigte den Kindern eine militärische Filmchronik, Fotos der blockierten Stadt, eine tägliche Brotration für die Leningrader Kinder.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2021/01/Leningrad-3-768x576.jpg>

de.rt.com: **Venezuela: Nicolás Maduro kündigt Produktionsstart für inländischen Corona-Impfstoff an**

Die Herstellung eines neuen Corona-Impfstoffes aus inländischer Produktion läuft in Venezuela bereits diese Woche an. Dies teilte Präsident Nicolás Maduro mit. Das Präparat soll keine Nebenwirkungen haben und in anderen karibischen Staaten erhältlich sein.

Im Laufe klinischer Studien hat das Vakzin namens Carvativir seine hohe Wirksamkeit gegen den Erreger der Lungenkrankheit COVID-19 bewiesen, sagte Maduro bei der Sitzung des Generalstabs des venezolanischen Gesundheitsministeriums. Der venezolanische Staatschef wird vom TV-Sender Telesur wie folgt zitiert:

„Heute kann ich sagen, dass nach allen klinischen Tests an Kranken, darunter auch Schwer- und Schwerstkranken, und allen biologischen Labortests unter der Beteiligung aller wissenschaftlichen Institute Venezuelas und anderer Länder nachgewiesen wurde, dass Carvativir ein starkes komplementäres antivirales Mittel für die Behandlung von COVID-19 ist.“

Laut Maduro soll der Impfstoff nach Beginn der Massenproduktion künftig allen Ländern Lateinamerikas, der Karibik und der ganzen Welt zur Verfügung stehen. Gleichzeitig kritisierte der venezolanische Präsident, dass einige Nationen die Verteilung und den Erwerb von Corona-Impfstoffen monopolisiert haben und damit den Zugang zu den Vakzinen für Entwicklungsländer erschweren.

Darüber hinaus gab Maduro seine Pläne bekannt, in der ersten Jahreshälfte eine Massenimpfkampagne mit den ausländischen Corona-Präparaten durchzuführen, die Caracas in Russland, China und Kuba einkaufen will. Hierfür verfüge Venezuela über die nötigen Ressourcen, versicherte Maduro.

Zum Schluss bedankte sich der venezolanische Präsident bei den Ärzten und Hilfsbrigaden aus Kuba, die während der aktuellen Gesundheitskrise im Land tätig sind. Maduro erklärte: "Wir müssen diesen Weg in die Zukunft gehen, um diese Pandemie erfolgreich zu überwinden."

Zuvor hatte er laut der Nachrichtenagentur TASS mitgeteilt, dass Carvativir, besser bekannt als "Wundertropfen von José Gregorio Hernández", das Coronavirus zu 100 Prozent neutralisiert. Das Medikament in Form von Tropfen wird alle vier Stunden unter die Zunge genommen. Maduro versicherte, dass es keine Nebenwirkungen habe.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.01/article/601142eeb480cc3c177e83af.JPG>

dnronline.su: Heute begann in Donezk das Integrationsforum „Russischer Donbass“, das der Ausarbeitung eines praktischen Herangehens an die gleichnamige Doktrin gewidmet, die die Zukunft der Region definiert. An dem Forum nehmen etwa 400 Person aus der DVR sowie der RF teil. Dies sind gesellschaftliche und politische Aktivisten, Vertreter örtlicher oder gesetzgebender Staatsorgane, Wissenschaftler, Soldaten, Jugendliche. Außerdem neben das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin, das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik, die Abgeordneten der Staatsduma der RF Andrej Kosenko (Fraktion Einiges Russland; Anm. d. Übers.) und Kasbek Tajsajew (Fraktion KPRF; Anm. d. Übers.), die Chefredakteurin der

internationalen Informationsagentur „Russia Today“ Margarita Simonjan teil.

„Sehr geehrte Freunde!

Die Donezker Volksrepublik nähert sich dem Ende des siebten Jahres ihrer Existenz. Ihre Schaffung im Frühjahr 2014, alle folgende Jahre des Kampfes, der Hoffnungen und Bestrebungen waren unausweichlich von der Frage der Bestätigung unserer Identität begleitet. Antwort auf diese Frage war die Schaffung der Republik, ihre heldenhafte Verteidigung an den Fronten und die tägliche hartnäckige Arbeit unserer Landsleute. Während mehr als sechs Jahren des Kriegs, der Wirtschafts- und Sozialblockade war immer die Brüderlichkeit und die herzliche Unterstützung unseres russischen Volks mit uns, unserer russischen Sprache, unserer Kultur und Spiritualität. IN diesen Jahren ist bei uns der Wunsch gewachsen und wächst weiter, für immer, fest und unumkehrbar der ganzen Welt unsere Wahl kundzutun, unsere Identität als Teil der russischen Welt, des Großen Russland.

Zweck der Doktrin ist es, in einem Dokument unsere inneren Gefühle, den Durchbruch, der uns zusammengeschlossen hat, als wir gegen die Ungerechtigkeit und Falschheit, gegen die Jagd auf alles Russische aufstanden, um zu unseren historischen Wurzeln zurückzukehren und dem Ruhm des Donbass wiederzuerrichten!

Die Doktrin „Russischer Donbass“ ist die Frucht der Arbeit vieler Autoren, Denker, Patrioten des Donezker Landes. Sie soll ein Manifest unserer Wahl werden, das der ganzen Welt vorgestellt wird“, sagte Denis Puschilin.

„Heute steht vor uns eine wichtige Aufgabe, die Ungerechtigkeit zu überwinden, das kulturelle und historische Erbe zu verteidigen, die sozialen und juristischen Rechte unserer Bürger“, sagte der Oberhaupt der LVR Leonid Pasetchnik. ...

Kasbek Tajsajew begrüßte alle im Namen der Abgeordneten der Staatsduma und erklärte, dass dieses Forum eine enorme Bedeutung für die ganze russische Welt hat.

Die Teilnehmer des Forum werden Probleme und Weg der Realisierung der Doktrin in verschiedenen Lebensbereichen einschließlich Bildung, Wissenschaft, Kultur, Jugend- und Informationspolitik, gesellschaftliche und politische Aktivität erörtern.

Eine nicht unwichtige Rolle wird die Erörterung von Maßnahmen zur Unterstützung russischer und russischsprachiger Bürger in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion spielen.

deu.belta.by: **Lukaschenko kommentiert Vorwürfe geflohener Oppositionspolitiker zur Volksversammlung**

Präsident Alexander Lukaschenko hat heute auf die Vorwürfe geflohener belarussischer Oppositionspolitiker zur Durchführung der Allbelarussischen Volksversammlung geantwortet. In der Besprechung mit Vertretern aus Regierung und Ministerien zur Verbesserung der Gesetzgebung ging er auch auf dieses Thema ein.

„Und nun zum aktuellen Anlass: die Allbelarussische Volksversammlung. Ist das etwa ein Novum? Mitnichten! Die Versammlung wird zum 6. Mal einberufen. Sie war immer wirksam. Wer im Rahmen dieses Forums einen Dialog initiierte, konnte ihn führen und aktuelle Themen ansprechen. Alles, was auf der Basisebene gesagt wurde, konnten wir später als Thesen von den Delegierten der Allbelarussischen Volksversammlung erörtern lassen. Die Opposition kritisiert uns, dass diese Versammlung nur zur Schau sei. Wer kritisiert uns denn? Vor allem jene, die ins Ausland geflohen sind und jetzt von dort wirres Zeug reden“, sagte der Staatschef.

Die Opposition im Exil wolle die Allbelarussische Volksversammlung boykottieren, fügte der Staatschef hinzu. Es gebe keinen Grund, zu jammern und zu weinen, denn niemand werde als Delegierter ernannt. „Die Opposition will eine alternative Versammlung einberufen. Bitte schön, aber im Ausland, nicht hier“, bemerkte Alexander Lukaschenko.

Der Staat habe nichts gegen die Opposition, aber sie müsse zum Dialog bereit sein und zum Wohle des Landes handeln wollen. „Sollte jemand einen solchen Wunsch äußern, den werden

wir zur Volksversammlung unbedingt einladen. Das haben wir mehrfach zum Ausdruck gebracht. Wir haben nichts zu verbergen“, sagte Lukaschenko.

„In Belarus leben Menschen mit unterschiedlichen politischen Meinungen. Befürworter der aktuellen Politik und ihre Gegner. Etwa eine halbe Million Belarussen stimmte bei den letzten Wahlen gegen den amtierenden Staatschef ab. Das war auch früher so. Aber im Staat soll die Mehrheit regieren. Ca. 6 Millionen Wahlberechtigte gaben ihre Stimmen für den amtierenden Präsidenten. Das sollte man nicht vergessen“, so Lukaschenko.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1611842129_55474_big.jpg

Dan-news.info: „Wir werden immer die Landsleute, die auf dem Territorium anderer Oblaste, die von der Ukraine kontrolliert werden unterstützen. Bezüglich Bildung und Gesundheitswesen, administrativer und juristischer Dienstleistungen, spezieller Hilfe für Einwohner in schwierigen Lebenssituationen. Wir haben ihnen selbst dann geholfen, als sich unsere Städte und Dörfer unter dem Feuer der ukrainischen Streitkräfte befanden. Wir (die Oberhäupter der DVR und der LVR Puschilin und Paseschnik) haben dies erörtert und entschieden, dass es notwendig ist, die Arbeit auf diesem Gebiet fortzusetzen. Und nicht nur fortzusetzen, sondern zu verstärken“, sagte das Oberhaupt der DVR Puschilin.

Er fügte hinzu, dass die Republiken des Donbass bereits vier Jahre Erfahrung mit der Umsetzung des humanitären Programms vier Jahre Erfahrung haben. „Wir halten es für notwendig, dieses Programm so auszuweiten, um nicht nur unseren Landsleuten, die auf dem Territorium der DVR, das zeitweilig von der Ukraine kontrolliert wird, leben, sondern allen russischen und russischsprachigen Menschen auf dem Territorium der gesamten Ukraine“, unterstrich Puschilin.

snanews.de: **US-Militär soll erbeutetes russisches Raketenabwehrsystem nach Ramstein gebracht haben**

Das US-Militär soll ein in Libyen erbeutetes russisches Flugabwehrraketen-System Panzir-S1 im Rahmen einer Geheimoperation auf den Militärflugplatz Ramstein nach Deutschland ausgeflogen haben. Das berichtet „The Times“ unter Berufung auf eigene Quellen.

Die Operation wurde nach Angaben des Blattes bereits im Juni vergangenen Jahres durchgeführt. Zum Verladen des Systems sei damals ein Militärtransportflugzeug C-17 Globemaster mit einer Spezialeinheit auf dem libyschen Flugplatz Zuwara eingetroffen. Die Vereinigten Arabischen Emirate hätten das Flugabwehrsystem in der Vergangenheit von Russland erworben, es sei dann später an die Libysch-nationale Armee von General Chalifa Haftar geliefert worden, so „The Times“ weiter. Erbeutet worden sei das Raketenystem

während einer Offensive von Haftars Truppen auf Tripolis, wo sich die international anerkannte Regierung von Ministerpräsident Fajis al-Sarradsch befindet.

Die Regierungstruppen hätten den Angriff abgewehrt und eine Gegenoffensive eingeleitet, mit der schließlich ein von Haftars Truppen besetzter Flugplatz zurückerobert werden konnte.

Dabei sei man auf das System Panzir-S1 gestoßen, heißt es weiter. Von dort aus soll die Kriegsbeute auf einen Stützpunkt mit türkischen Militärs gebracht worden sein – und später auf den Flugplatz Zuwara. Russland soll über die Vorgänge informiert gewesen sein.

Nutzlose Kriegsbeute?

Ziel der US-Operation seien Befürchtungen gewesen, Waffenschmuggler könnten in den Besitz des Raketenabwehrsystems kommen und es zur Vernichtung von zivilen Flugzeugen einsetzen. Der Raketenkomplex soll jedoch für die Vereinigten Staaten nur von geringer Bedeutung sein, da sich das US-Militär bereits in den Vereinigten Arabischen Emiraten eingehend damit befasst habe, behauptet „The Times“.

Das Fachportal „The Drive“ hingegen mutmaßte, das ausgeflogene System Panzir-S1 könnte der amerikanischen Seite nützliche Informationen über die aktuellen industriellen Möglichkeiten Russlands liefern. Ein weiteres Einsatzfeld wären dann Militärübungen mit dem Einsatz gegnerischer Kriegstechnik.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/1c/706428_0:0:1920:1080_1280x0_80_0_0_c030c5c3a60e8431a27faf8eccaff503.jpg

snnews.de: US-Wirtschaft erleidet 2020 stärksten Einbruch seit 1946

Die US-Wirtschaft hat im vergangenen Jahr wegen der Corona-Krise den stärksten Einbruch seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erlitten.

Das Bruttoinlandsprodukt ging 2020 um 3,5 Prozent zurück, wie das US-Handelsministerium in einer ersten Schätzung mitteilte. Das war der stärkste Rückgang der Wirtschaftsleistung seit dem Jahr 1946 – damals war die Wirtschaft um 11,6 Prozent eingebrochen.

Zuletzt war die US-Wirtschaft auf das ganze Jahr betrachtet 2009 infolge der globalen Finanzkrise geschrumpft. Damals ging das Bruttoinlandsprodukt um 2,5 Prozent zurück.

Im vierten Quartal 2020 wuchs die US-Wirtschaft nach Angaben des Handelsministeriums aufs Jahr hochgerechnet um vier Prozent. Im dritten Quartal war das US-BIP um 33,4 Prozent gewachsen, nachdem für das zweite Quartal ein Rekordeinbruch von 31,4 Prozent verzeichnet worden war. Im ersten Quartal war das BIP um fünf Prozent gefallen.